

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 89 (1995)
Heft: 7-8

Rubrik: Zeichen der Zeit : Ende der Sozialen Marktwirtschaft?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Ende der Sozialen Marktwirtschaft?

Dass die Marktwirtschaft nur noch als «freie» gelten und sich nicht einmal mehr als «soziale» legitimieren soll, ist die immer aggressiver vorgetragene Ideologie des Neoliberalismus. Von ihr war in einem früheren «Zeichen der Zeit» die Rede.¹ Hier nun wäre weiter zu fragen, warum die Soziale Marktwirtschaft (SMW) immer mehr aus Abschied und Traktanden fällt und was unter diesem Begriff einst gemeint war. Ihr Begründer, Alfred Müller-Armack, wird neuerdings von der Wirtschaftsredaktion der NZZ (19.5.95) gar der «Mitverantwortung an den sozialen Entgleisungen» des Sozialstaates bezichtigt, wie «heute immer klarer erkennbar» werde. Was «heute immer klarer erkennbar» wird, ist jedoch ein Neoliberalismus, der sich jeder sozialen Verantwortung entledigen will.

Ethik oder Anti-Ethik?

Für die Apologie der «freien Marktwirtschaft» gibt es keinen lästigeren Störfaktor als die «Sozialethik». Die Ethik hat sich gefälligst auf den Respekt vor dem Privateigentum und auf die Erfüllung von Verträgen zu beschränken. Das (Bei-)Wort «sozial» soll sie jedoch vermeiden, denn es hindert den Markt daran, «frei» zu sein. Der Gründer der neoliberalen Schule, *Friedrich-August von Hayek*, verurteilt die «soziale Gerechtigkeit» als «Schlagwort des Sozialismus». Es sei verhängnisvoll, dass die Kirchen, dass «insbesondere die römisch-katholische Kirche das Ziel der <sozialen Gerechtigkeit> zu einem Teil ihrer offiziellen Lehre gemacht» habe. Dadurch werde «ein himmlisches Versprechen der Gerechtigkeit durch ein weltliches ersetzt».²

Diese Töne kommen uns vertraut vor. Sie bestimmen die aktuelle Debatte um die *Trennung von Staat und Kirche*. Rechtsbürgerliche Kreise stören sich am politischen Sprechen und Handeln der Kirchen, das den neoliberalen Diskurs seines sozialetischen Nihilismus überführt. Der «Götze Markt» verdrängt den Exodus-Gott und die Hoffnung auf das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit. Den Kirchen soll der Geldhahn zugedreht werden, um ihre Sozialethik zum Verstummen zu bringen.

Hayek hat recht: Die *Sozialethik der Kirche*, «insbesondere der römisch-katholischen», verurteilt die Marktwirtschaft, die keine soziale, sondern nur eine «freie» sein will. Bereits 1931 findet die Enzyklika *Quadragesimo Anno* scharfe Worte gegen den Wirtschaftsliberalismus: «Die Wettbewerbsfreiheit ... kann unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein. Die Erfahrung hat dies, nachdem die verderblichen individualistischen Theorien in die Praxis umgesetzt wurden, bis zum Übermass bestätigt» (Nr. 88). *Mater et Magistra* wiederholt 1961, dass «ein Wettbewerb, wie ihn die sogenannten Liberalen wollen, ... ganz und gar unvereinbar mit der christlichen Lehre, ja mit der menschlichen Natur» (Nr. 23) sei. Und 1966 geht *Populorum Progressio* nochmals mit der ideologischen Vorstellung ins Gericht, dass «der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht» sei. «Dieser ungehemmte Liberalismus» erweise sich als die «Ursache des finanzkapitalistischen Internationalismus oder des Imperialismus des internationalen Finanzkapitals» (Nr. 26).

Die Kritik am totalen Markt beschränkt sich natürlich nicht auf die zitierten Dokumente der katholischen Kirche, sondern gehört zum sozialetischen Selbstverständnis der ganzen Ökumene. Das zeigt gerade der von der evangelischen Sozialethik her argumentierende Alfred Müller-Armack. Was er als Modell für die junge BRD entwickelt hat, ist eine Art Dritter Weg, «eine neue dritte Form», wie er sagte³, zwischen dem Wirtschaftsliberalismus und der Verwaltungsplanwirtschaft, eben die «Soziale Marktwirtschaft». (Das Beiwort «sozial» hat Müller-Armack immer gross geschrieben.)

Im Preismechanismus einen «naturgesetzlichen Ablauf» zu sehen, bedeute eine «Anti-Ethik», wie sie Mandevilles Bienenfabel illustrierte, die *private Laster als öffentliche Wohltaten* darstelle. «Die heutige marktwirtschaftliche Theorie hat dieses antiethische Element eliminiert», lesen wir weiter bei Müller-Armack.⁴ Der «Liberalismus» habe den Fehler begangen, «den instrumentalen Charakter der von ihm ausgestalteten Ordnung zu verkennen und die Marktwirtschaft als autonome Welt zu nehmen», ja «sie zum Idol seiner Weltanschauung zu machen». Nicht weniger als die «Lenkungswirtschaft» sei dieser Liberalismus «innerlich verbraucht».⁵

Die «Enge der ökonomischen Weltanschauung»⁶, die Müller-Armack überwunden glaubte, feiert heute wieder Urständ. Er konnte nicht voraussehen, dass sein Konzept der SMW nur solange gelten würde, als der Kapitalismus sich in Konkurrenz zum «real existierenden Sozialismus» behaupten müsste. Jetzt, da die Angst vor einem Systemwechsel gewichen ist, kann das *konkurrenzlos verbliebene System* sein Monopol rücksichtslos durchsetzen. Ein sozial temperierter Kapitalismus ist nicht mehr gefragt.

Noch bis vor kurzem waren neoliberale Ökonomen bereit, wenigstens in den westlichen Industriestaaten die Menschen nicht restlos dem Markt zu «opfern». Das heute vieldiskutierte *Garantierte Mindesteinkommen* (GME) geht zum Beispiel auf Milton Friedman zurück, der es in der Form

der negativen Einkommenssteuer vertrat. (Diese verlängert das Steuersystem nach rückwärts. Wer nichts oder nur wenig verdient, muss nicht Steuern bezahlen, sondern erhält Steuern ausbezahlt.) Gewiss hatte dieses Modell unter den marktradikalen Vorzeichen Friedmans einen Pferdefuss. Es sollte die primäre Einkommensverteilung über die Löhne vernachlässigen. Hätten diese das Existenzminimum unterschritten, wären sie über das GME, folglich durch allgemeine Staatsmittel, subventioniert worden. Diesen Widerspruch zu ihrer Marktlogik nahmen die Neoliberalen jedoch in Kauf. Hauptsache, der Arbeitsmarkt liesse sich dadurch deregulieren, d.h. von allen sozialen Errungenschaften, selbst von den lästig gewordenen Gesamtarbeitsverträgen, abkoppeln.⁷

Heute gibt es kaum mehr Liberale, die ihre «ethischen» Forderungen nach Achtung vor dem Eigentum und nach Vertragstreue um ein GME erweitern. Die Zweidrittelgesellschaft ist kein Potential systemgefährdender Klassenkämpfe mehr. Sie sind beendet, nicht weil ihre Ursachen entfallen wären, sondern weil der Sieg der vom «freien» Markt profitierenden Klasse total zu sein scheint. Diese lästert den Sozialstaat, um ihn politisch demontieren zu können. Die «Sozialpolitik» reduziert sich auf das «Bedarfsprinzip» der individuellen «Armenpflege»⁸.

Markt als Voll- oder Halbautomat?

Ausser dem Gegensatz zwischen Anerkennung und Ablehnung der Sozialethik unterscheiden sich SMW und Wirtschaftsliberalismus auch in der Frage, was der Markt, sich selbst überlassen, leisten kann und was nicht. Die SMW geht davon aus, dass der Markt das Wohl des Ganzen nicht automatisch, gelenkt durch eine «unsichtbare Hand», hervorbringt. Müller-Armack⁹ warnt davor, in die Marktwirtschaft «rätselhaftige Gleichgewichtskräfte hineinzugeheimnissen». «Das Zutrauen in die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft» sei durch die «Wirtschaftskrisen» längst widerlegt worden. Er nennt es eine «unklugen Über-

treibung des wirtschaftspolitischen Liberalismus, die Tauschgesellschaft gleichsam als einen keiner Bedienung bedürftigen Vollautomaten zu nehmen». Die «bewusst gestaltete Marktwirtschaft» sei gerade «kein Vollautomat», sondern lasse sich mit «einem der Bedienung und Steuerung bedürftigen Halbautomaten vergleichen». «Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen.» Die «marktwirtschaftliche Ordnung» müsse *dem Gemeinwohl untergeordnet*, d.h. durch «eine übergreifende Lebensordnung» bestimmt werden, «welche die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen zu dem rein technisch verlaufenden Prozess der Gütererzeugung vollzieht».

Ist die Soziale Marktwirtschaft «eine bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft», so sind politische *Interventionen in die Marktapparatur* zwingend. Zunächst gehört es zur sinnvollen Bedienung der Marktmechanismen, dass sie *funktionsfähig* gehalten, zum Beispiel von Monopolen und Kartellen befreit werden, die den Wettbewerb verunmöglichen oder doch behindern. Die SMW kennt aber nicht nur wettbewerbspolitische Massnahmen, um die «ungemeine Verteuerung der Konkurrenzausschaltung» zu bekämpfen. Nötig ist vor allem auch die sozialpolitische Steuerung des «Halbautomaten»:

– Als erstes erwähnt Müller-Armack eine *Politik der Umverteilung* asymmetrischer Vermögen und Einkommen: «Der Irrtum des Liberalismus lag nicht nur in dem Fehlen jeder konkreten Sicherung der marktwirtschaftlichen Form, sondern auch in der ebenso passiven Annahme, die Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Prozesses seien so, wie sie vorliegen, als letztgültig hinzunehmen. Darin lag eine Übersteigerung der Rationalität der Einkommensbildung...» Mit dem Ergebnis der am Markt erzielten Einkommen sei aber «die Frage der sozialen Gerechtigkeit noch nicht entschieden». Es war nach Müller-Armack «ein folgen-

schwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmässigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken. Es ergab sich daraus eine Verkennung der echten Notwendigkeit eines sozialen Einkommensausgleiches wie auch einer Berücksichtigung der staatlichen Notwendigkeiten.» Statt nun aber die Preisbildung dem Markt zu entziehen, sei die Umlenkung der Einkommen auf dem Weg der Besteuerung vorzunehmen: «Wenn auf dem Weg der Besteuerung die höheren Einkommen gekürzt und die einlaufenden Beiträge etwa in Form von direkten Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungszuschüssen weitergleitet werden, liegt geradezu der Idealfall eines marktgerechten Eingriffes vor.»¹⁰

– Hinzu kommt als zweites die *Beschäftigungspolitik*. Vollbeschäftigung und Sicherung der Arbeitsplätze sind selbstverständliche Forderungen der SMW. Sie entsprechen der «sittlichen Überzeugung, dass nur durch eine Ordnung, die den Arbeitenden die freie Wahl und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes gewährleistet, ein menschenwürdiges Dasein denkbar ist»¹¹. Zur Sicherung dieses Rechts auf Arbeit gehört die antizyklische Konjunkturpolitik über ein «Programm staatlicher Investitionen»¹². Auch Mindestlöhne sind für die SMW kein Schreckgespenst. Müller-Armack hält es für «marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindestlohnhöhe zu normieren». Vor allem «in Zeiten eines plötzlichen Arbeitsüberangebotes» sei «ein gewisser Lohnschutz sinnvoll, der nur in Zeiten annähernder Vollbeschäftigung gelockert werden»¹³ könne.

– Als letztes sei die «*Schaffung einer sozialen Betriebsordnung*» erwähnt, «die den Arbeitnehmer als Mensch und Mitarbeiter wertet, ihm ein soziales Mitgestaltungsrecht einräumt...»¹⁴ Der Betrieb ist eine «Personengemeinschaft». «Daraus ergibt sich, dass weder das Kapital noch die Tech-

nik, noch die Organisation Alleinverfügung über die im Betrieb tätigen Menschen erhalten können.» Das «Mitbestimmungsrecht» ist integrierender Bestandteil der SMW.¹⁵

Diese Aufzählung der sozialpolitischen Eingriffe in die Funktionsweise und in die Ergebnisse des Marktes ist gewiss nicht vollständig. Sie müsste durch die Tarifautonomie und das Streikrecht, ein soziales Bodenrecht, die Rechte auf Bildung und auf medizinische Versorgung u.a.m. ergänzt werden.¹⁶ Ein weiteres Thema wäre die noch ausstehende Synthese von sozialer und *ökologischer Marktwirtschaft*, die am Ursprung der SMW noch kein Thema zu sein schien.

Die SMW will im übrigen «kein fertiges System, kein Rezept»¹⁷ sein. Dank dieser Relativität ist sie *demokratieverträglich*, da selber Gegenstand der demokratischen Auseinandersetzung. Volk, Parlament und Regierung sollen die SMW immer neu definieren und gestalten, sie auch als Lernprozess von «Versuch und Irrtum» begreifen. Das macht einen weiteren Unterschied zwischen der SMW und der «freien Marktwirtschaft» aus, dass die SMW von der Demokratie bestimmt wird, während der totale Markt die Demokratie «notfalls» auch ausser Kraft setzt und dadurch schon in seinem Anspruch totalitär ist.

Die wohl grösste Gefahr für die SMW resultiert heute aus dem mörderischen Kampf der Staaten um *nationale Standortvorteile im internationalen Wettbewerb*, was wiederum der Ideologie des Neoliberalismus entspricht und von ihr gefördert wird. Die Alternative kann nur darin bestehen, dass der globale Markt durch eine globale Politik ins Recht gefasst wird, um ihn sozial-, drittwelt- und umweltverträglich zu machen. Wer soziale Errungenschaften nicht der globalen Deregulierung preisgeben will, der oder die muss sich um eine Regulierung auf supranationaler Ebene bemühen. Es führt kein Weg an der Europäischen Union und an der weltweiten Integration durch neue Institutionen der UNO vorbei, damit europa- und weltweit juristische Gesetze der sozialen Gerechtig-

keit die ökonomischen Gesetze des ungehemmten Marktes gemeinwohlverträglich steuern.

Sozialistische Marktwirtschaft?

Da die SMW die sozialen Probleme am besten löse, habe er nichts dagegen, sie als «sozialistisches Instrument» anzusehen, meinte Müller-Armack.¹⁸ Spätestens hier wäre ein Einspruch fällig. Er bezieht sich auf die – nur abgeschwächte – *Dominanz des Kapitals* in diesem Modell. Das «Mitbestimmungsrecht» der SMW ist weit entfernt von einer entscheidenden Einwirkungsmöglichkeit auf die Unternehmenspolitik. Es verhindert auch nicht die Aneignung des kollektiv erwirtschafteten Gewinns durch das private Kapital und infolgedessen die Asymmetrie der Vermögensbildung an der Wurzel.

Wenn die Demokratisierung der Wirtschaft zur Zeit kein Thema zu sein scheint, so heisst das nur, dass die strukturelle Gewalt des Kapitals offenbar nicht mehr als solche empfunden wird, ergo perfekt ist... Für die Sozialethik aber gibt es nicht diesen Vorrang des Kapitals gegenüber der Arbeit, sondern nur den umgekehrten *Vorrang der Arbeit* gegenüber dem Kapital.¹⁹ Nicht Kapital, sondern Arbeit ist Ausdruck der menschlichen Person. Die arbeitenden Frauen und Männer engagieren sich im Produktionsprozess mit ihrer ganzen Person, mit ihren beruflichen und menschlichen Fähigkeiten sowie mit einem hohen Anteil an Lebenszeit. Demgegenüber leistet die Seite des Kapitals keinen wirklich existentiellen Einsatz. Sie investiert Geld- und Sachmittel, trägt eigenes Risiko nur mit dem Vermögen, in grösseren Unternehmen nicht einmal mit dem ganzen Vermögen, sondern lediglich bis zur Höhe des eigenen Anteils (Aktien).

Wenn sich nun aber Arbeit und Kapital zueinander wie der Zweck und das Mittel verhalten, dann sollte man meinen, dass nur die Arbeit das Kapital in Dienst nehmen dürfe und nicht umgekehrt das Kapital die Arbeit. Die Selbstverständlichkeit, mit der wir heute das Gegenteil akzeptieren, zeigt

wie tief dieses zutiefst perverse System in unser Bewusstsein eingedrungen ist. Dabei schien es vor gar nicht so langer Zeit einen weltweiten Aufbruch in Richtung Vorrang der Arbeit vor dem Kapital zu geben. Nachstehend seien *drei Beispiele* erwähnt, auch wenn die zitierten Persönlichkeiten heute kaum mehr an ihre damaligen Aussagen erinnert werden wollen:

– «Wir Arbeiter müssen uns als Hausherren dieser Erde und dieser Betriebe fühlen, und so werden wir arbeiten.»

– «Von Sozialisierung kann man nur dann sprechen, wenn der Subjektcharakter der Gesellschaft garantiert ist, das heisst, wenn jeder den vollen Anspruch hat, sich zugleich als Miteigentümer der grossen Werkstätte zu betrachten, in der er gemeinsam mit allen anderen arbeitet.»

– «Im gesellschaftlichen Bewusstsein setzt sich immer mehr der einfache und klare Gedanke durch, dass ein Mensch nur dann in seinem Haus Ordnung schaffen kann, wenn er sich dort als Hausherr fühlt. Aus diesem Grund ist die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produktion die wichtigste Richtung bei der Vertiefung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie insgesamt.»

Das erste Zitat gibt ein Wort *Lech Walesas* am 31. August 1980 in der Danziger Leninwerft wieder. Das zweite steht in der Enzyklika *Laborem Exercens* des *Papstes* vom 14. September 1981 (Nr. 14). Das dritte stammt aus der berühmten Rede *Michail Gorbatschows* vor dem ZK der KPdSU am 27. Januar 1987. Die Zitate sollen nicht überbewertet werden, sie sind jedoch ein Beleg dafür, dass noch in den 80er Jahren von verschiedenen weltanschaulichen Positionen her eine fundamentale Demokratisierung der Wirtschaft gefordert wurde.

Was die damalige Diskussion um Selbstverwaltung übersah, war die Notwendigkeit, dass sich auch demokratisch strukturierte Unternehmungen auf dem *Markt* behaupten müssten. Es wäre dem Gemeinwohl kaum zuträglich, wenn sie sich durch direkte Absprachen aus dem Markt ausklinken würden. Dieser Markt müsste aber

nicht viel anders als der kapitalistische durch sozialethische Rahmenbedingungen eingegrenzt werden. Nichts Schlimmeres als eine selbstverwaltete Waffenfabrik, ein demokratisiertes AKW oder eine genossenschaftliche Bank mit Fluchtgeldern aus der Dritten Welt!

Ob «*Marktgesetze*» letztlich nicht dem Menschen fremde, ihn entfremdende Gesetze sind, inwiefern die vom Eigeninteresse bestimmte Konkurrenz mit Ethik vereinbar ist und ob es eine Wettbewerbswirtschaft anders denn als zwanghafte Wachstumswirtschaft geben kann, sind aber nach wie vor offene Fragen, um die sich der aktuelle Marktdiskurs nicht länger herumdrücken sollte.

1 Zeichen der Zeit: Zur Ideologie der «freien Marktwirtschaft», NW 1995, S. 30ff.

2 A.a.O., S. 34.

3 Alfred Müller-Armack, *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, Hamburg 1947, S. 87.

4 Müller-Armack, *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft*, Bern/Stuttgart 1974, S. 221.

5 *Wirtschaftslenkung*, S. 86f.

6 A.a.O., S. 86.

7 Es handle sich aber auch beim Friedmanschen GME nur um ein Mittel gegen die «Beunruhigung», die Armut bei den Reichen auslöse, stellt schon Franz J. Hinkelammert fest, in: *Die ideologischen Waffen des Todes*, Freiburg 1985, S. 102ff.

8 Vgl. *Zeichen der Zeit: Vom «Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade»*, NW 1995, S. 160ff.

9 Die nächsten Zitate nach: *Wirtschaftslenkung*, S. 86 bis 94.

10 A.a.O., S. 109.

11 *Genealogie*, S. 12.

12 A.a.O., S. 99.

13 *Wirtschaftslenkung*, S. 108f. 14 *Genealogie*, S. 99.

15 A.a.O., S. 112-114.

16 Vgl. Siegfried Katterle, *Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand*, in: *Christ und Sozialist*, Nr. 2/91, S. 29ff.

17 *Genealogie*, S. 10.

18 A.a.O., S. 30.

19 Vgl. *Zeichen der Zeit: Vom Menschenrecht auf sinnvolle Arbeit*, NW 1993, S. 239f.